

Workshop 3

Klimafolgen planvoll begegnen: Mit Praxishilfen Anpassungsmaßnahmen rechtssicher planen und umsetzen

Gertrude Penn-Bressel

Fachgebiet I 3.5

Nachhaltige Raumentwicklung,
Umweltpflegungen

Umweltbundesamt
Dessau-Roßlau

Gliederung

1 EINFÜHRUNG

- Schlaglicht: Klimawandelanpassung in der räumlichen Planung

2 PRAXISHILFE KLIMAANPASSUNG IN DER RÄUMLICHEN PLANUNG

- Gegenstand und Zielgruppe der Praxishilfe
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Inhaltliche Schwerpunkte
- Kurzdarstellung ausgewählter Beispiele

3 AKTUELLES FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSVORHABEN

- F&E-Vorhaben „Evaluierung der Klima- und Innenentwicklungs-Novellen des Baugesetzbuches 2011 / 2013 – Fallstudien“

4 AUFSTELLUNG VON RAUMORDNUNGSPLÄNEN DURCH DEN BUND

- Bisherige Anwendung
- Möglicher Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH)

1 Einführung – Schlaglicht: Klimawandelanpassung in der räumlichen Planung

Ursachen des Klimawandels

- Änderungen der Treibhausgaskonzentrationen
- Landnutzungsveränderungen

Folgen des Klimawandels für Regionen

- Rolle und Nutzen von Klimamodellen und Klimaprojektionen
- Erwartete Klimaveränderungen in Deutschland
- Planerische Handlungserfordernisse und –optionen

Überblick und Beispiele für Politiken zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf unterschiedlichen Ebenen

- EU | Bund | Länder | Regionen | Kommunen

Integration von Klimaanpassungsbelangen in kommunale und regionale Prozesse

- Verzahnung von informellen Klimaanpassungskonzepten mit formellen Planungsinstrumenten
- Finanzierungsmöglichkeiten
- Klimawandel-Governance
- Vulnerabilitäts- und Betroffenheitsanalysen
- Kommunikation
- Entscheidungs-Unterstützungssysteme
- Climate Proofing

2 - Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Gegenstand der Praxishilfe

- Darstellung von Handlungsoptionen / -erfordernissen der anpassungsbezogenen Weiterentwicklung von Siedlungsstrukturen und siedlungsbezogenen Infrastrukturen
- Verknüpfung von formalen Planungsinstrumenten und informellen Konzepten
- Erörterung der prinzipiellen Gestaltungsoptionen
- Visualisierung geeigneter Lösungsmöglichkeiten
- Integration des Handlungsfeldes „Klimaanpassung“ in die Planungspraxis

Zielgruppen

- Planerinnen und Planer auf Kommunalebene (insbesondere kleine und mittlere Städte) und Regionalebene

Anwendungsbereiche

- Regionalplanerische Verfahren
- Bauleitplanung: planerische Vorgehensweisen und städtebauliche Vorhaben

2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Rechtliche Rahmenbedingungen

- Raumordnungsrecht
- Bauplanungsrecht
- Raumbezogenes Fachrecht
(z. B. WHG, BNatschG)
- Umweltprüfung und
Umweltüberwachung

Umsetzung in der Regionalplanung

- Grundsätze und Ziele
- Vorrang-, Vorbehalts-, Eignungsflächen

Klimaanpassungsoptionen auf der Grundlage des Bauplanungsrechts

- Bauleitplanung
 - Flächennutzungsplan
 - Bebauungsplan
- Besonderes Städtebaurecht

weitere Anknüpfungspunkte

- Raumbezogene Umweltfachplanungen
- Interkommunale Planung

2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Inhaltliche Schwerpunkte

Gestaltungsoptionen für die Klimaanpassung in der gesamt – und teilarräumlichen Planung

Flächensteuerung und Risikovorsorge durch

- Vorsorge und Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten
- Schutz vor Erdrutschen und Erosion
- Vorbeugung und Minderung von Hitzebelastungen im Siedlungsraum sowie Dürre

und – wo sinnvoll und möglich – in Verknüpfung mit

- räumlichen Strategien zur Begrenzung des Energieverbrauchs und klimarelevanter Emissionen
- flächensparender und umweltschonender Fortentwicklung der Siedlungs- und Infrastrukturen

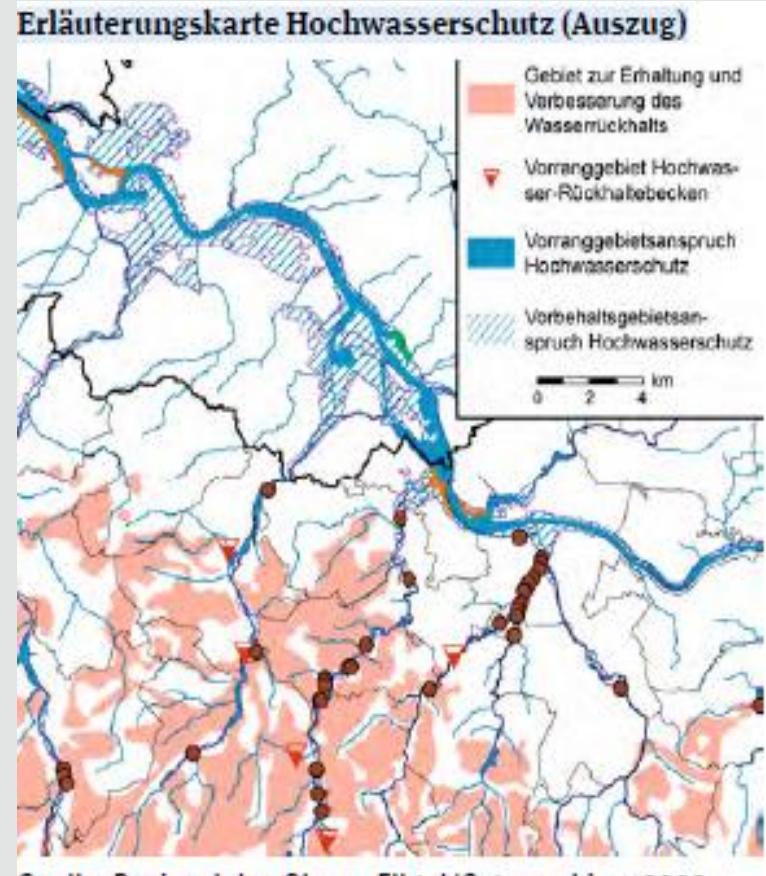
2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Kurzdarstellung ausgewählter Beispiele

Vorsorge und Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten

Gestaltungsoptionen der Regionalplanung

- Festlegungen zur Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen
- Weitergehende/Ergänzende Festlegungen zur Vorsorge durch Wasserrückhalt in der Fläche
- Technische Schutzmaßnahmen
- Festlegungen zur Reduzierung der Schadenspotenziale /Risikovorsorge in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen



Quelle: Praxishilfe in der räumlichen Planung, S. 33

2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Kurzdarstellung ausgewählter Beispiele

Vorsorge und Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten

Gestaltungsoptionen auf kommunaler Ebene

- Maßnahmengebiete Überflutungsvorsorge
- Freihaltung hochwassergefährdeter Bereiche
- Verbesserung des Wasserrückhalts in der Fläche
- Verringerung der Bodenversiegelung und naturnahe Regenwasserbewirtschaftung
- Überflutungsmanagement
- Hochwasserangepasstes Bauen
- Orientierung von Bebauungsplänen an seltenen Hochwasserereignissen

Festsetzung zur Erdgeschossfußbodenhöhe und der Straßenoberkanten

Festsetzung 6.1 Zum Schutz vor Hochwasser muss die Fußbodenoberkante von Aufenthaltsräumen mindestens 3,25 m über NHN (3,10 m über HN) und die Straßenoberkanten mindestens 2,65 m über NHN (2,50 m über HN) liegen.



Quelle: Bebauungsplan Nr. 11.MI.114 Mischgebiet „Holzhalbinsel“, Hansestadt Rostock 2012

Quelle: Praxishilfe in der räumlichen Planung, S.44

2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

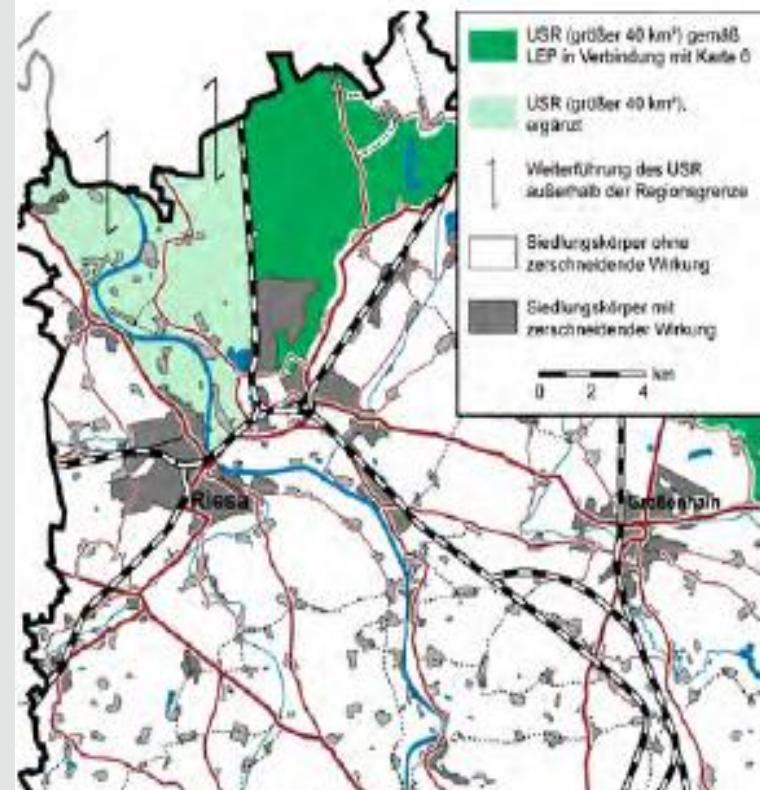
Kurzdarstellung ausgewählter Beispiele

Vorbeugung und Minderung von Hitzebelastungen

Gestaltungsoptionen der Regionalplanung

- Planerische Sicherung von Kalt- und Frischluftentstehungsgebieten sowie Luftleitbahnen
- Regionale Grünzüge und Grünzäsuren
- Maßnahmen zum Erhalt von Grünflächen
- Großflächig unzerschnittene, störungsarme Räume
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Waldschutz bzw. Waldmehrung
- Festlegung überwärmter, sanierungsbedürftiger Bereiche

Festlegung großflächig unzerschnittener, störungsarmer Räume (USR)



Quelle: Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge 2009, Karte 5

Quelle: Praxishilfe in der räumlichen Planung, S. 77

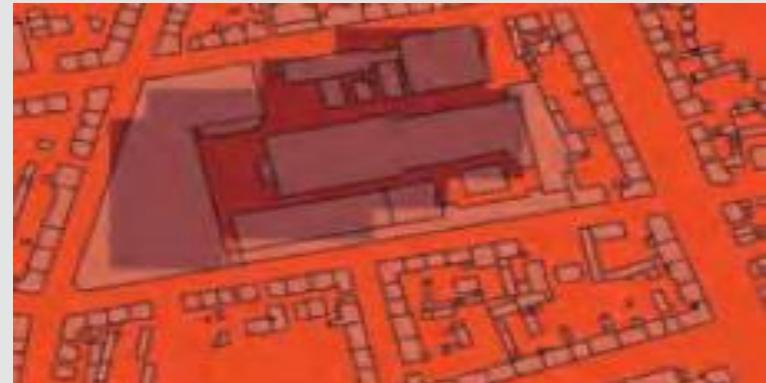
2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Kurzdarstellung ausgewählter Beispiele

Vorbeugung und Minderung von Hitzebelastungen

Gestaltungsoptionen der Kommunalplanung

- Identifizieren überhitzungsgefährdeter Stadtgebiete
- Schutz- und Sanierungszonen in Bezug auf das Siedlungsklima
- Darstellung von Zielwerten für die Bebauungsdichte und Mindestanteilen für Vegetations-/Grünelemente
- Schaffung von Grünstrukturen und Vegetationselementen (mit mikroklimatischer Wirkung)
- Klimafunktionsflächen (Kaltluftentstehungsgebiete und Kaltluftbahnen)
- Prüf- und Anpassungshinweise für nachfolgende Planungs- und Genehmigungsverfahren



Mikroskalige Simulation der klimatischen Wirkung der Grundstücksneuordnung Senefelderstraße/Christian-Pleß-Straße, Quelle: Katzschnner 2012



Quelle: Bebauungsplan 627 Senefelderstraße/Christian-Pleß-Straße, Stadt Offenbach am Main 2012

Quelle: Praxishilfe in der räumlichen Planung, S. 84

2 Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

Praxishilfe Klimaanpassung in der räumlichen Planung

- Zielgruppe:
Planungspraktikerinnen und –praktiker

herunterladbar unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/klimaanpassung-in-der-raeumlichen-planung>

Broschüre „Planen im Klimawandel“

- Zielgruppe:
Entscheidungsträgerinnen und -träger

herunterladbar unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/planen-im-klimawandel>

Ergänzungsmodul „Fördermöglichkeiten für Kommunen zur Umsetzung von räumlichen Anpassungsmaßnahmen“

- Zielgruppe:
Antragstellerinnen und Antragsteller

herunterladbar unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/raum-fachplanerische-handlungsoptionen-zur>



3 Aktuelles Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

F&E Vorhaben „Evaluierung der Klima- und Innenentwicklungs-Novellen des Baugesetzbuches 2011 / 2013 – Fallstudien“ (Fkz 3716 15 101 0)

Hintergrund

- BauGB-Novellen 2011 /2013: Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten einer klimagerechten und ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung

Ziel

- Untersuchung der Praxisauswirkungen sowie der Umsetzungspotenziale und -herausforderungen der Novellen hinsichtlich der drei Handlungsfelder Klimaschutz, Klimaanpassung und Innenentwicklung

Durchführung

- Analyse und Bewertung der BauGB-Novellierungen - bestehende Verankerung in der kommunalen Planungspraxis (9 Fallstudien, Interviews mit mind. 60 Planungsexpertinnen und –experten, Projektdauer: 28 Monate, bis 1. Quartal 2019)

Erwartete Ergebnisse:

- Identifizieren von möglicher Unterstützungsbedarf für Kommunen sowie eventueller gesetzgeberischer oder sonstiger Handlungsbedarf v.a. durch den Bund
- Nutzung der neuen Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten in der Planungspraxis weiter voranbringen

3 Aktuelles Forschungs- und Entwicklungsvorhaben

F&E Vorhaben „Evaluierung der Klima- und Innenentwicklungs-Novellen des Baugesetzbuches 2011 / 2013 – Fallstudien“

Aktuelle Herausforderungen – vorläufige Ersteinschätzungen

- Klimaschutz:
 - informelle Planwerke (Konzepte/Leitbilder) sind in vielen Kommunen vorhanden
 - Umsetzung von klimaschutzbezogenen Anforderungen hinsichtlich der Integration in Stadtentwicklung unterschiedlich ausgeprägt – insb. Vorreiter-Kommune kommt wichtige Funktion zu
 - Treiber kann u.a. das Energiefachrecht und das Investitionsinteresse für Erneuerbare Energien sein
- Innenentwicklung:
 - seit langem in der Planungspraxis verankert, insb. in größeren Kommunen, weniger stark ausgeprägt in kleinen Kommunen
- Klimaanpassung:
 - gewinnt in der Planungspraxis erst langsam an Bedeutung; v.a. informelle Planwerke, z.B. lokale Konzepte /Strategien zur Anpassung an den Klimawandel,
 - Treiber können u.a. Extremwetterereignisse, z.B. Starkregen, sein

Aktuelle Herausforderungen - Umgang mit bestehenden Nutzungskonflikten:

- Anforderungen der drei o.g. Handlungsfelder und die derzeit regional unterschiedliche Nachfrage zusätzlicher Bauflächen für Wohnen, Dienstleistungen, Gewerbe, Logistik etc., insbesondere in wachsenden Stadtregionen

4 Aufstellung von Raumordnungsplänen durch den Bund Bisherige Anwendung

- Raumordnung ist Aufgabe der Bundesländer und Regionen
- § 17 Raumordnungsgesetz (ROG - bisherige Kompetenz des Bundes u.a.:-
 - Aufstellung eines Raumordnungsplanes für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone



4 Aufstellung von Raumordnungsplänen durch den Bund

Möglicher Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH)

Grundlage: Novelle des Raumordnungsgesetzes im Jahr 2017

- Erweiterte Kompetenzen des Bundes zur Aufstellung von Raumordnungsplänen:
 - § 17 Abs. 2 ROG ermöglicht auch Festlegungen für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz durch das für Raumordnung zuständige Bundesministerium
 - Voraussetzung: Erforderlichkeit eines länderübergreifender Hochwasserschutz für die räumliche Entwicklung und Ordnung des Bundesgebietes unter nationalen oder europäischen Gesichtspunkten
- Beauftragung des Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR) durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) mit Prüfschritten zu einem möglichen Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz
- zunächst erfolgt hierzu die Konzeption und Durchführung eines Planspiel zu einem möglichen BRPH unter Beteiligung aller wichtigen Akteure, insbesondere der Raumordnung und der Wasserwirtschaft, durch das BBSR

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Gertrude Penn-Bressel

gertrude.penn-bressel@uba.de

www.uba.de

